



Das WZB in den Medien Nr. 79/2020

8. Juni 2020

Agenturmeldungen

„Schweigend die Stimme erheben: Deutsche Proteste, deutscher Rassismus“
Dieter Rucht zitiert in: dpa-Basisdienst, 7. Juni 2020

Printmeldungen

„Rassismus“
Interview mit Daniel Ziblatt in: Frankfurter Rundschau, 6. Juni 2020

„Nicht kaputt zu kriegen“
Michael Zürn erwähnt in: Der Spiegel, 6. Juni 2020

„Rechte versuchen, Vereine zu kapern“
Wolfgang Schroeder zitiert in: Süddeutsche Zeitung, 6. Juni 2020

„Mit Chauffeur und Elektrovan zum Arzt“
Andreas Knie zitiert in: Schwäbische Zeitung, 6. Juni 2020 #

„Corona-Krise kostet viel Lebensglück“
Jutta Allmendinger zitiert in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Juni 2020

„Office go Home!“
Jutta Allmendinger zitiert in: Focus, 6. Juni 2020

„Frauen zuletzt?“
Jutta Allmendinger zitiert in: Südkurier, 6. Juni 2020

Online-Medien

„Die Macht der Autolobby ist geschwunden“
Interview mit Weert Canzler in: agora42.de, Juni 2020

„Etwas Besseres als Excel“
Rainer Rehak zitiert in: netzpolitik.org, 5. Juni 2020

„Das sozio-politische Nachbeben der Pandemie“
Lena Hipp zitiert in: Deutschlandfunk, 5. Juni 2020

„Mit Chauffeur und E-Van zum Arzt“
Andreas Knie zitiert in: taz.de, 7. Juni

„Berlin erlebt den Fahrradboom“

Andreas Knie zitiert in: morgenpost.de, 4. Juni 2020

„Gloria von Thurn und Taxis: ‚Es ist attraktiv für uns Frauen, zu Hause zu bleiben‘“

Jutta Allmendinger erwähnt in: stern.de, 5. Juni 2020

„Viel ‚home‘ und wenig ‚office‘“

Jutta Allmendinger zitiert in: tagesschau.de, 4. Juni 2020

„Britons receiving German citizenship rose 2,300% last year“

WZB erwähnt in: theguardian.com, 3. Juni 2020

Hörfunk/Fernsehen

„Stunde der Experten: Coronakrise und Konjunkturpaket“

Diskussionsrunde u.a. mit Dorothea Kübler in: WDR 2, 5. Juni 2020

„Corona bremst die Gleichstellung in der Wissenschaft aus“

Interview mit Dorothea Kübler in: couchFM, 5. Juni 2020

(ab Minute 1:13)

WZB-Reihe: Corona und die Folgen

„Wissenschaftliche Wahrheit und politische Verantwortung“

Beitrag von Mitja Sienknecht und Antje Vetterlein, 5. Juni 2020

Ressort: Politik

Mediengattung: Nachrichtenagentur

(KORR-Bericht - Aktualisiert die Fassung vom 6.6.: Teaser und 1. Absatz nach Protesten am Samstag in Deutschland) Schweigend die Stimme erheben: Deutsche Proteste, deutscher Rassismus Von Rachel Boßmeyer, dpa (Foto - aktuell vom 6.6.)

Seit zwei Wochen gehen in den USA Menschen auf die Straße, um gegen Rassismus zu demonstrieren. Auch in Deutschland wird der Protest lauter - und am Wochenende in zahlreichen Städten dann ganz leise.

Berlin (dpa) - Acht Minuten und 46 Sekunden. So lange drückt ein Polizist dem Afroamerikaner George Floyd sein Knie in den Nacken, bis dieser sein Bewusstsein verliert und kurz darauf stirbt. Knapp zwei Wochen nach Floyds Tod bei einem brutalen Polizeieinsatz am 25. Mai schwiegen Tausende Menschen in Deutschland für genau diese Zeit - um so ein Zeichen gegen Rassismus und Polizeigewalt zu setzen. In zahlreichen deutschen Städten kamen am Samstag insgesamt Zehntausende Menschen zu «Silent Demos», also stillen Protesten, zusammen.

Schon in den vergangenen Tagen waren in Deutschland immer wieder Menschen auf die Straße gegangen, wie zum Beispiel auch in London, Paris und Amsterdam. In den sozialen Medien beteiligten sich Tausende an der Aktion #Blackouttuesday, die Aufrufe zu Spenden und zum Teilen von Informationen reißen nicht ab. Das Video, das Floyds grausamen Tod festhält, spielte dabei eine besondere Rolle, sagt Protestforscher **Dieter Rucht vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung** der Deutschen Presse-Agentur.

Tahir Della von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland ist «etwas überrascht», dass jetzt so viele Menschen auf die Straße gehen. Immerhin thematisierten betroffene Communities systemischen Rassismus in den USA wie auch in Deutschland schon seit Jahrzehnten. «Offensichtlich ist es so, dass uns nicht zugehört worden ist.» Della und Rucht sind sich einig, dass der starke Zulauf bei den Protesten auch mit dem US-amerikanischen Präsidenten zu tun hat. Rucht spricht vom «Trumpfak-

tor» durch das Staatsoberhaupt, das die Gesellschaft spalte und sich selbst teils rassistisch äußere.

Hinzu kommen laut Della eine rassistische Einwanderungspolitik, die überproportionale Anzahl Schwarzer Menschen in den Gefängnissen, die aktuelle Arbeitslosenproblematik, die vor allem marginalisierte Gruppen betreffe, und nicht zuletzt die Corona-Krise, die unter eben diesen Gruppen eine besonders hohe Todesrate forderte. «Ich kann mir vorstellen, dass viele Menschen in der Gesellschaft insgesamt von der Politik, die aktuell gefahren wird in den USA, natürlich auch mal salopp gesagt, die Schnauze voll haben», mutmaßt Della. Warum sich etwa nicht so viele Menschen nach dem Tod von Oury Jalloh, einem Asylbewerber aus Sierra Leone, der vor 15 Jahren in seiner Zelle in Dessau verbrannte, solidarisch gezeigt haben? Ja es gebe kein Video, meint Della. Und: «Ich glaube tatsächlich, dass wir es immer noch damit zu tun haben, dass viele Menschen das nicht als wirkliches Problem, als ein systemisches Problem wahrnehmen. Dass die Gesellschaft, die Strukturen, die Institutionen ein massives Problem haben, dass es eben keine Einzelfälle sind, dass es nicht selbstverschuldet ist.»

Das Rassismusverständnis in Deutschland sei außerordentlich eng gefasst, sagt er. «Das heißt, es wird davon ausgegangen, dass Rassismus nur dann so zu benennen ist, wenn eine Intention vorliegt, also wenn Leute sozusagen bekennende Rassisten sind.» Der NSU, die Anschläge in Halle und Hanau fallen unter diese Kategorie, doch Rassismus in Deutschland sei sehr viel weiter verbreitet und tiefer verankert.

«Unsere Gesellschaft ist von Rassismen strukturiert», sagt Saraya Gomis, Vize-Chefin des Rassismuspräventionsvereins Each One Teach One (EOTO). «Indirekte institutionelle Diskriminie-

rung kann stattfinden, ohne dass einzelne Personen diskriminieren.» Dabei gehe es auch um Maßnahmen, die eigentlich für alle gleich seien, aber bestimmte Menschen besonders treffen würden. Ein Beispiel sind verdachtsunabhängige Kontrollen der Polizei, die auf das intuitive Erkennen von Gefahr und Kriminalität setzen. Hier werfen Verbände den Beamten häufig Racial Profiling vor, also unter anderem Schwarze Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe häufiger zu kontrollieren. Gomis und Della fordern, im Kampf gegen Diskriminierung zuerst die Strukturen in den Blick zu nehmen. «Wenn wir nicht anfangen, uns auf einer strukturellen Ebene mit Rassismen und Diskriminierung zu beschäftigen, können wir auch noch hundert Jahre die gleichen Diskussionen führen», sagt Gomis. Eine reine Repräsentationspolitik oder Sensibilisierungsmaßnahmen werden die Probleme in den Strukturen oder institutionellen Vorgängen nicht lösen. Dafür fordert EOTO auch ein Antidiskriminierungsgesetz in allen Bundesländern und auf Bundesebene, wie es Berlin vor wenigen Tagen verabschiedet hat.

Ob die derzeitige breite Mobilisierung zu einer Veränderung führen wird, wird sich zeigen. Erst einmal müsse sie anhalten, sagt Della. Vielleicht führten die Proteste ja auch dazu, dass Menschen darüber nachdächten, was Rassismus mit ihnen persönlich zu tun habe. Gomis merkt zudem an, dass der Fokus der Demonstrationen nicht nur auf der aktuellen Gewalt liegen dürfe: Man könne nicht über Anti-Schwarzen Rassismus sprechen und dabei nicht über die «Afrika-Politik, über die Lager in Deutschland, über Asylpolitik, über das Sterben im Mittelmeer.» Der Blick müsse weiter werden.

Wörter: 735
Ort: Berlin

© 2020 PMG Presse-Monitor GmbH

Seite: 2
Ressort: Politik
Rubrik: FR Deutschlandausgabe
Ausgabe: Frankfurter Rundschau Deutschlandausgabe, Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Nummer: 136
Auflage: 17.685 (gedruckt)¹ 16.337 (verkauft)¹
 17.747 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,064 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 4/2020

² von PMG gewichtet 7/2019

ZUR PERSON

Rassismus

Ein US-Politologe analysiert die Proteste in den USA. Diskriminierung zeigt sich Tag für Tag. Politikwissenschaftler Ziblatt über das Vorgehen von US-Präsident Donald Trump gegen die Proteste in den USA, die Gründe für die Wut der Demonstranten und die Frage, wer da eigentlich auf die Straße geht

In seinem vielbeachteten Buch "Wie Demokratien sterben" hat der US-Politikwissenschaftler **Daniel Ziblatt** beschrieben, dass demokratische Gesellschaften nicht immer mit einem lauten Knall wie einem Putsch abgeschafft werden. Immer wieder werden sie auch von Extremisten und Populisten ausgehöhlt, denen sich niemand in den Weg stellt. Als aktuelles Beispiel machte der Harvard-Professor US-Präsident Donald Trump aus - und warf dessen republikanischer Partei vor, seinen autoritären Tendenzen nicht entgegenzutreten. Dadurch, wie Trump mit der derzeitigen Krise und den politischen Unruhen umgeht, sieht sich Ziblatt erneut bestätigt.

Herr Ziblatt, in dieser Woche waren die USA im Ausnahmezustand: Nach der Tötung des Afroamerikaners George Floyd durch Polizisten protestierten in fast allen größeren Städten Tausende auf den Straßen, oft kam es zu Ausschreitungen. Was treibt die Demonstranten an - wirklich allein der Protest gegen Polizeigewalt und -rassismus?

Der Vorfall in Minneapolis war nur der Auslöser. Es hatte direkt vor dem Tod von George Floyd mehrere rassistische Übergriffe in den USA geben, die ein großes Thema waren. Vor allem aber hat sich über Jahre ein großer Frust aufgebaut über die unverhältnismäßige Gewalt gegenüber Afroamerikanern durch die Polizei. Und es gibt eine tiefe Unzufriedenheit über die Benachteiligung der Schwarzen, die bis zu den Ursprüngen der USA zurückreicht. Sowohl Polizeigewalt gegen Schwarze als auch Demonstrationen dagegen gab es auch während Barack Obamas Amtszeit. Warum scheint die Härte der Prote-

ste und Unruhen nun so viel größer?

Dass die Wut auf Polizei und Regierung gerade jetzt so heftig ausbricht, liegt an der Kombination mehrerer Krisen, die die USA gleichzeitig treffen: Zur Rassismusfrage kommt Corona, das sowohl eine Gesundheits- als auch eine Wirtschaftskrise ausgelöst hat. Es gibt klare Belege dafür, dass Afroamerikaner von beidem überdurchschnittlich stark betroffen sind. Und es herrscht überall das Gefühl, dass die dadurch verursachten Probleme eher schlimmer als besser werden. Viele Demonstranten haben gar keine politische Motivation, ihnen geht es nicht um Donald Trump, sondern um ihr tägliches Leben und welche Erfahrungen sie darin machen. Warum gelang es der Politik nicht, die Lage zu beruhigen?

Das ist die dritte Zutat in diesem Krisen-Cocktail: Rasse und Politik sind ohnehin zwei hochgradig polarisierte Felder in den USA, vor allem weil die Republikaner eine sehr weiße Partei sind und die Demokraten inzwischen eine sehr vielfältige Mitgliedschaft haben. Und nun geschieht all das - der Wut auf den Rassismus, die Sorge um die Gesundheit und den eigenen Job - in einer hochgradig polarisierten politischen Lage in einem Wahljahr.

Das heißt, es gehen doch vor allem Trump-Gegner auf die Straße?

Das schon. Daten zeigen, dass die Proteste dort am heftigsten sind, wo Covid-19 anfangs am heftigsten zugeschlagen hat - was zugleich die am dichtesten bewohnten Großstadtgebiete sind, die traditionell eher für die Demokraten stimmen. Aber - und das ist ein entscheidender Unterschied zu den Rassenunruhen der 60er Jahre, mit denen die

derzeitigen Proteste viel verglichen werden - da protestiert eine sehr breite Koalition: Menschen aus allen Gesellschaftsschichten, von Weißen mit hohem Einkommen bis zu abgehängten Afroamerikanern.

In Ihrem Buch "Wie Demokratien sterben" beschreiben Sie, dass diese starke Polarisierung schon vor Trump bestand - aber seinen Wahlsieg ermöglicht hat. Wenn nun vor allem die "Regenbogen-Koalition" auf der Straße demonstriert, die einst Barack Obama zum Präsidenten wählte - heißt das nicht auch: Die andere Hälfte Amerikas ist zu Hause und nach wie vor entschlossen, Trump wiederzuwählen?

Grundsätzlich ist es so. Zu diesem dreifachen Krisen-Cocktail kommt durch Trump eine vierte Zutat hinzu: Donald Trumps gezielter Versuch, die Unruhen weiter zu eskalieren und für seinen Wahlkampf auszunutzen. Es ist offensichtlich, dass er sich im Taktikhandbuch von Richard Nixon bedient - Trumps Satz "Ich bin der 'Law-and-Order'-Präsident" ist direkt von Nixon übernommen. Weil viele Wähler die Krawalle von 1968 ablehnten, gewann damals der Republikaner Nixon, der sich als harter Hund gab. Es ist aber nicht sicher, dass das Trump auch so gelingen wird.

Was spricht dagegen?

Erstens ist er der Amtsinhaber, Nixon war 1968 der Herausforderer. Wenn man als Außenseiter antritt und auf den Straßen herrscht Chaos, kann man - wie damals Nixon - versprechen, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Aber Trump ist als Amtsinhaber ja bereits dafür verantwortlich. Sicher, seine Rhetorik findet Anklang bei bestimmten Teilen seiner

Basis. Er riskiert aber auch, dass die Leute sich fragen: Halten wir das wirklich vier weitere Jahre durch? Wir haben die Corona- und die Wirtschaftskrise, Unruhen auf den Straßen - und Trump wirkt einfach unfähig, diese Krise zu bewältigen. Seine Zustimmungswerte sinken bereits.

Und zweitens?

Die US-Gesellschaft hat sich seit 1968 liberalisiert. In Umfragen unterstützt heute eine klare Mehrheit der Amerikaner die Proteste, hält sie für gerechtfertigt. Das dürfte sich allerdings ändern, wenn die Gewalt nicht aufhört. Gewalt und Plünderungen führen dazu, dass die Wähler sich auch von den Anliegen der Proteste abwenden. Das würde dann Trump nützen. Wobei man sagen muss, dass ein Teil der Eskalation der Gewalt von der Polizei ausgeht - wir haben die Videos ja gesehen.

Sie beschreiben in Ihrem Buch, wie Donald Trump vom ersten Tag seiner

Kandidatur um die Präsidentschaft demokratische Grundwerte ablehnte und Tendenzen zum Autoritären zeigte. In dieser Woche drohte er nun damit, das Militär gegen die Demonstranten einzusetzen und ließ legal und friedlich Protestierende mit Gewalt und Tränengas vertreiben. Könnte er ernst damit machen?

Ich habe immer davor gewarnt, ihn und seine Worte nicht ernst zu nehmen. Die Warnsignale, dass er Verfassung und Demokratie nicht respektiert, waren von Anfang an da - und seit Amtsantritt zeigte sich, dass er oft genau so autoritär war, wie er versprochen hatte. Allerdings wurde er doch immer gezügelt: von der demokratischen Opposition, von Leuten in seinem Kabinett, von Gerichten.

Nur hat der Lauf der Zeit viele der Zügel abgeschüttelt.

Ja - auch, indem er kritische Berater und Minister rauswarf und sich zunehmend

isolierte. So wurde er immer unberechenbarer. Wenn Trump nun ein 200 Jahre altes, nahezu vergessenes Gesetz entdeckt hat, mit dem er das Militär gegen die demonstrierende Bevölkerung einsetzen kann, muss man mit dem Schlimmsten rechnen. Man kann nur hoffen, sein Umfeld kann ihm noch klar machen, dass sich so etwas schlecht auf seinen Wahlkampf auswirken würde.

Interview: Steven Geyer

Daniel Ziblatt

, geboren 1972, ist Politikwissenschaftler an der Harvard University. Für seinen Bestseller "Wie Demokratien sterben" erhielt er mehrere Auszeichnungen und Preise. Darin beschreibt er die Aushöhlung demokratischer Institutionen. wzb
"Man muss mit dem Schlimmsten rechnen"

Abbildung:

Hitzige Wortgefechte: Eine Afroamerikanerin, die wegen des Todes von George Floyd demonstriert, diskutiert mit einem Gegendemonstranten. brian munoz/rtr

Wörter:

1052

Urheberinformation:

Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt am Main

Autor: Reiermann, Christian
Seite: 78 bis 79
Rubrik: SPIEGEL-Serie Coronakrise
Seitentitel: Wirtschaft

Mediengattung: Zeitschrift/Magazin
Jahrgang: 2020
Nummer: 24
Auflage: 708.443 (gedruckt)¹ 685.799 (verkauft)¹
 693.777 (verbreitet)¹
Reichweite: 4,66 (in Mio.)²

Kurztitel: SPIEGEL-Serie (VI): Kritiker sehen den Kapitalismus am Ende – sie unterschätzen ihn

¹ IVW 1/2020

² AG.MA ma 2020 Pressemedien I

Essay

Nicht kaputt zu kriegen

Untergangspropheten sehen in der Coronakrise mal wieder ein Zeichen für das Ende des Kapitalismus. Die Nachrufe kommen zu früh – sie unterschätzen seine Wandlungsfähigkeit.

Die Wirtschaft nach Corona (VI) Das Virus hat jedes Land und jede Branche infiziert. Weltweit bricht die Konjunktur ein, die Regierungen sind im Krisenmodus. Doch was kommt, wenn die Rezession bewältigt ist? Deutschlands Unternehmen müssen eine neue Strategie für die Zukunft entwickeln, sonst haben sie keine. Eine SPIEGEL-Serie beschreibt den Wandel.

Selbst in der tiefsten Wirtschaftskrise erlebt eine Branche verlässlich eine Sonderkonjunktur: die Kapitalismuskritik. Wenn das Wachstum einbricht und die Arbeitslosigkeit steigt, laufen all jene zur Höchstform auf, die den baldigen Untergang von Kapitalismus, Globalisierung und Marktwirtschaft voraussagen. So war es, als Karl Marx Mitte des 19. Jahrhunderts seine Theorie entwickelte, und so war es, als vor über zehn Jahren die Finanzkrise die Weltwirtschaft erschütterte.

Dieses Mal ist es nicht anders. Die einen sehen die Zeit gekommen für ein »gerechtes Wirtschaftsmodell«, andere fordern eine »gute Globalisierung«, und SPD-Vordenker Kevin Kühnert meldet sich mit der Erkenntnis zu Wort, in der jetzigen Krise zeigten sich »die Auswüchse eines ungezähmten Marktes«. Die Weissagungen seines Endes sind so alt wie der Kapitalismus selbst. Doch er erwies sich stets als zählebiger als von seinen Kritikern behauptet – und das ist auch jetzt wieder so.

Das Coronavirus wird Kapitalismus, Marktwirtschaft und Globalisierung nicht den Todesstoß versetzen. Es fehlen schlicht die Voraussetzungen für solche tektonischen Verschiebungen

und systemischen Veränderungen – so historisch die Pandemie auch erscheinen mag. Sozialwissenschaftler haben drei Kriterien erkannt, die erfüllt sein müssen, damit sich umstürzender Wandel vollzieht. Sie lassen sich mit den Begriffen »Ursache«, »Alternative« und »Rückzug« umschreiben.

Damit sich Menschen von einer tragenden Säule ihres Alltags verabschieden, müssen sie diese als Ursache für ihre Probleme wahrnehmen. Auslöser der aktuellen Verwerfungen waren aber nicht Fehlentwicklungen im Wirtschaftssystem, sondern ein Virus. Der Kapitalismus lässt sich für vieles verantwortlich machen, aber nicht dafür, dass Menschen in China eine Vorliebe für nicht ganz durchgebratene Flughunde verspüren.

Auch mangelt es an funktionstüchtigen Alternativen. Venezuela und Nordkorea, die sich offiziell noch zum Sozialismus bekennen, sind schon ohne Pandemie keine Sehnsuchtsorte. Die 40 Jahre praktizierter Sozialismus auf deutschem Boden zählen ebenfalls nicht zu den erfolgreichsten Kapiteln der Wirtschaftsgeschichte.

Schließlich unterstützt eine Krise den Abschied von traditionellen Praktiken nur, wenn diese schon zuvor auf dem Rückzug waren. Michael Zürn, Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin, führt als Beispiel dafür den Zweiten Weltkrieg an. Er beschleunigte die Auflösung der Kolonialreiche, eine Entwicklung, die schon deutlich früher einsetzte. Sicher, der von US-Präsident Donald Trump angezettelte Handelsstreit mit China und Europa dämpfte zuletzt den internationalen Austausch

von Waren. Doch ein Attentat auf den Kapitalismus, gar den Versuch eines Systemwechsels, stellt die ökonomische Irrfahrt des Mannes im Weißen Haus nicht dar.

Nach wie vor setzen die meisten Länder der Welt auf den Kapitalismus, mal mehr, mal weniger. Sie überlassen es privaten Unternehmern, Autos, Möbel oder Klopapier zu produzieren, und führen nicht selbst Regie. Wenn es darum geht, die Erzeugnisse zum Kunden zu bringen, verlassen sich die meisten Regierungen auf Märkte, auf denen Preise Angebot und Nachfrage zusammenbringen.

Zu welchen Leistungen privater Unternehmergeist fähig ist, offenbarte die Coronakrise, als es darum ging, ausreichend Schutzmasken und Beatmungsgeräte herzustellen. Engpässe verschwanden innerhalb kurzer Zeit. Der Fünfjahresplan einer sozialistischen Staatswirtschaft hätte so etwas nie zustande gebracht, weil die Krise bei seiner Verabschiedung nicht vorgesehen war.

Seine besten Alternativen produziert der Kapitalismus immer noch selbst. Etlliche Spielarten entstanden. Der rheinische Kapitalismus, der angelsächsische, der skandinavische und viele mehr. Die unterschiedlichen Ausprägungen geben Antworten auf Eigenheiten, Vorlieben, Veränderungswünsche und tatsächliche Missstände in den jeweiligen Gesellschaften. So führte die soziale Frage des 19. Jahrhunderts nicht zur Überwindung des Kapitalismus, wie von Marx vorausgesagt, sondern zu seiner Reform. Die Regierungen führten Institutionen existenzieller Absicherung ein, etwa die staatliche Rente, und machten das

System so für breite Schichten akzeptabel.

Den kurzen Systemwettbewerb mit dem Sozialismus entschied der Kapitalismus für sich, weil er sich als effizienter erwies und größeren Wohlstand für die Masse der Bevölkerung produzierte. »Dem Kapitalismus wohnt ein Laster inne: die ungleichmäßige Verteilung der Güter. Dem Sozialismus hingegen wohnt eine Tugend inne: die gleichmäßige Verteilung des Elends«, urteilte voller Ironie der Kapitalismusverteidiger Winston Churchill.

Auch dieses Mal wird der Kapitalismus seine Grabredner überleben. Stets begehen sie dieselben Fehler, wie der Sozialwissenschaftler Francesco Boldizzoni in einem kürzlich erschienenen Buch über die Fehlprognosen von Kapitalismuskritikern analysiert: Sie starren in die Kristallkugel, um die Zukunft zu lesen, und sehen sich am Ende nur selbst(*). Die akuten Probleme ihrer Zeit hielten sie für die Grundübel des Kapitalismus, schreibt er. Mal sei es die Verelendung der Massen, mal die Machtkonzentration von Magnaten oder die steigende Staatsverschuldung, die angeblich zu dessen Untergang führten. Anders formuliert: Die Kritiker nehmen sich selbst zu wichtig.

Deshalb liegen sie ständig daneben. Sie unterschätzen Anpassungsfähigkeit und Reformbereitschaft der Akteure. »Die Schwächen der nicht erfüllten Prophezeiungen spiegeln zugleich viele Stärken des Kapitalismus«, schreibt Boldizzoni, der sich selbst als Sozialdemokrat einordnet.

Ein historisches Beispiel illustriert die Gegenwartsbesessenheit aller Untergangsrhetoriker. Ende des 19. Jahrhunderts erwarteten sie, dass die Straßen New Yorks, schon damals eine Weltkapitale des großen Geldes, in den folgenden Jahrzehnten unter einer meterhohen Schicht von Pferdekot versinken würden, wenn der Verkehr weiter so rasant wachse. Der Kapitalismus sorgte bekanntlich dafür, dass mit dem Auto eine Alternative zum Vierbeiner entstand – die freilich 130 Jahre nach ihre Erfindung zu einem anderen, noch grö-

ßeren Umweltproblem beiträgt, das derzeit auf seine Lösung wartet.

Kapitalismus und Ökologie sind keine Gegensätze, wie viele Kritiker mit Blick auf den Klimawandel glauben machen wollen. Noch vor drei, vier Jahrzehnten gleichen Flüsse Kloaken, die Wälder starben am sauren Regen. Heute gibt es an Rhein und Ruhr wieder Badestrände, aus

Schornsteinen entweichen weniger giftige Abgase – trotz anhaltenden Wachstums. Umwelttechnik schafft neue Arbeitsplätze und damit Wohlstand. Die Reparaturarbeiten am Kapitalismus befeuern ihn ständig aufs Neue. Wachstum, sein ewiges Schmiermittel, bedeutet dabei nicht immer mehr Verbrauch natürlicher Ressourcen, sondern deren bessere Nutzung oder sogar Schonung. Deshalb gibt es keinen Grund für die Vermutung, dass er dem Klimaschutz im Wege stünde, im Gegenteil. Wird die Umweltbelastung teuer, suchen findige Unternehmer sofort nach Auswegen. Konsumverzicht ist also nicht der einzige Weg zum Schutz des Klimas.

Es ist die schier unerschöpfliche Fähigkeit zur Erneuerung, die die Zählebigkeit des kapitalistischen Wirtschaftens ausmacht. Die Innovationskraft, die sein Überleben sichert, entlädt sich nicht nur in neuen Produkten, sondern auch in der Art und Weise, wie er sie produziert. Das Fließband und in jüngerer Zeit das Mobilbüro tragen zu seiner Bestandsfähigkeit ebenso bei wie Arbeitszeitkonten und Kurzarbeitergeld.

Natürlich wird auch die Coronakrise ihre Spuren hinterlassen; der Kapitalismus wird künftig ein anderer sein. Unausweichlich erscheint, dass der Staat eine größere Rolle spielt. Im Gefolge der Krisenpolitik wird er seinen Einfluss auf die Wirtschaft massiv ausbauen. Viele Unternehmen werden die Krise nur mit staatlichen Hilfen bis hin zu Minderheitsbeteiligungen überstehen, wie die Lufthansa. Doch einen Systemwechsel bedeutet das nicht. Zur Erinnerung: Lange Zeit befand sich die Fluglinie mehrheitlich in Staatsbesitz, und dennoch ging Deutschland damals als Marktwirtschaft durch.

Die wachsende Schuldenlast wird den Charakter der Marktwirtschaft nicht grundlegend verändern. Deutschland und andere Industriestaaten haben schon höhere Schuldenberge bewältigt. Wie kommod es sich mit riesigen Verbindlichkeiten leben lässt, macht sei Jahren Japan vor, dessen Schulden sich fast auf das zweieinhalbfache der Jahreswirtschaftsleistung türmen.

Die Globalisierung dürfte ebenfalls einen Wandel erleben. Viele Produkte, deren Wert sich erst in der Krise zeigte, als sie knapp wurden, werden in Zukunft wohl wieder vermehrt im Inland produziert. Bestes Beispiel dafür sind Schutzmasken. Das heißt indes nicht, dass die Globalisierung den Rückwärtsgang einlegt oder gar Deglobalisierung eintritt. Im Gegenteil, es erscheint durchaus vorstellbar, dass die weltweite Arbeitsteilung nach Corona einen neuen Schub erfährt.

Viele Unternehmen erkennen, dass es riskant ist, sich bei ihren Zulieferungen nur auf einen Standort zu verlassen. In der Vergangenheit war das allzu oft China. Als die Regierung in Peking als Erste einen Lockdown verordnete, waren die ökonomischen Nachwehen weltweit zu spüren. Die Unternehmen tun also gut daran, künftig ihre Lieferketten zu diversifizieren, und zwar global.

Trotz seiner Widerstandsfähigkeit besitzt der Kapitalismus wie alles Menschenwerk keine Ewigkeitsgarantie. Solange es aber eine Wirtschaftsordnung schafft, auch noch am Protest gegen sich selbst Geld zu verdienen, ist sie nicht so einfach aus der Welt zu schaffen.

Es gilt ein ehernes Entwicklungsgesetz. Die Zukunft des Kapitalismus ist auf dreifache Weise anders. Sie ist anders als die Gegenwart, anders als die Vergangenheit, vor allem aber: anders als vorausgesagt.

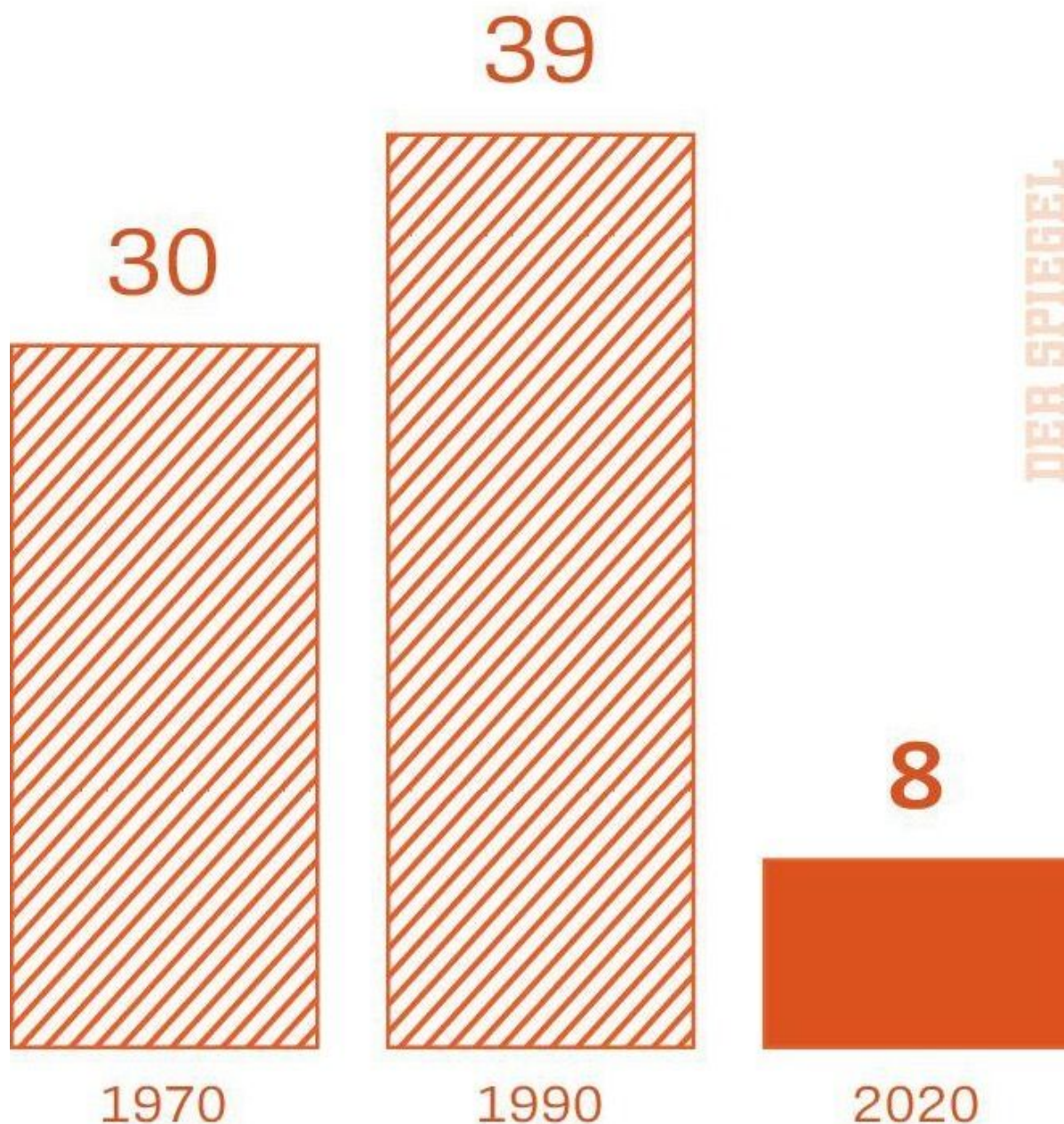
ENDE

* **Francesco Boldizzoni:** »Foretelling the End of Capitalism«. *Harvard University Press*; 336 Seiten; 31,50 Euro.



Keine Alternative

Sozialistische Staaten*
weltweit



* Länder mit tendenziell eher sozialistischem Wirtschaftsmodell; 2020: Bolivien, China, Kuba, Laos, Nordkorea, Vietnam, Venezuela, Weißrussland

Abbildung: Marx-Graffito in Berlin
Fotonachweis: SHOTSHOP / IMAGO IMAGES
Abbildung: Nicht kaputt zu kriegen
Abbildung: Marx-Graffito in Berlin
Fotonachweis: SHOTSHOP / IMAGO IMAGES
Wörter: 1396

Autor: DETLEF ESSLINGER**Seite:** 7**Ressort:** Politik**Ausgabe:** Hauptausgabe¹ von PMG gewichtet 4/2020² von PMG gewichtet 7/2019**Mediengattung:** Tageszeitung**Auflage:** 138.493 (gedruckt) ¹ 143.958 (verkauft) ¹
147.059 (verbreitet) ¹**Reichweite:** 0,565 (in Mio.) ²

Rechte versuchen, Vereine zu kapern

München – Rechtspopulisten und Rechtsextremisten suchen Gelegenheiten, in die Zivilgesellschaft einzudringen – und gehen dabei oft nach dem selben Schema vor. Zu diesem Ergebnis kommen vier Forscher der Universität Kassel um den Politologen **Wolfgang Schroeder**. Sie haben im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall untersucht, wie Rechte versuchen, in Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden sowie Sport- und Kulturvereinen Einfluss zu gewinnen – und wie diese reagieren. Dazu haben sie 40 Interviews mit Repräsentanten dieser Organisationen und der AfD geführt. Die Gesprächspartner werden zitiert, aber nicht mit Namen genannt. Das Schema besteht darin, bestehende

Konflikte oder Missstände aufzugreifen und sogleich zu verallgemeinern. „Damit machen sie Konflikte sichtbarer, intensivieren sie und weiten sie in ihrem Sinne aus“, schreiben Schroeder und seine Kollegen. Gewerkschafter oder Caritas-Vertreter würden als „Arbeiterverräter“ oder als Verräter christlicher Werte etikettiert – oder wegen des „Verrats am nationalen Sport und der deutschen Kultur“ sowie wegen „unzureichender“ Unterstützung deutscher Hilfsbedürftiger kritisiert. Der Interviewpartner vom Landessportbund Niedersachsen berichtete den Forschern, dass Vereinsverantwortliche von „besorgten“ Mitgliedern aufgefordert würden, „sich ,doch mal um unsere Kinder zu kümmern, und nicht nur um solche von

Flüchtlingen“. In Mecklenburg-Vorpommern bot die Frau eines NPD-Mannes einer Kita an, die Kinder „alte Hauspraktiken“ zu lehren.

Die Reaktionen sind unterschiedlich, die Organisationen schwanken zwischen Ignorieren, Auseinandersetzen, Abgrenzen, Ausschließen und Abgrenzen. Der Arbeiter-Samariter-Bund in Sachsen lehnte sogar einen Erste-Hilfe-Kurs bei der AfD ab; man wollte keinerlei Geschäftsbeziehung. Schroeder sagte der SZ, für den Umgang mit Rechten gebe es kein Patentrezept. Die Organisationen müssten „im Einzelfall entscheiden, wie sie angemessen reagieren“.

DETLEF ESSLINGER**Wörter:** 250**Urheberinformation:** DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München

Autor: Hanna Gersmann
Seite: 7
Ressort: Wirtschaft
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 19.585 (gedruckt)¹ 22.293 (verkauft)¹
 22.823 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,048 (in Mio.)²

¹ IVW 1/2020

² AGMA ma 2019 Tageszeitungen

Mit Chauffeur und Elektrovan zum Arzt

Taxialternativen haben es bislang schwer in Deutschland – Das ändert die schwarz-rote Koalition jetzt

Es ist ein Baustein zur Modernisierung der Verkehrswelt. Wer auf dem Land wohnt, nicht selbst Auto fahren will oder kann und regelmäßig zum Arzt muss, die Praxis aber 15 Kilometer entfernt ist, hat derzeit kaum eine Wahl. Fährt der Bus nur zweimal am Tag, bleibt oft nur eins: Taxi rufen.

Künftig soll es Alternativen geben – und mehr neue Mobilitätsanbieter, die etwa mit Kleinbussen oder auch mit dem Pkw Personen transportieren. Das soll die Modernisierung des Personenbeförderungsgesetzes ermöglichen. Die schwarz-rote Koalition hat sich jetzt in einem Papier auf die entscheidenden Eckpunkte dafür geeinigt. Damit ist ein langer Streit gestoppt.

Die Taxialternativen versuchen schon lange sich zu etablieren, bisher kommen sie aber allenfalls in Städten voran. Oft stecken große Unternehmen dahinter. Berühmt ist der US-Riese Uber, der Fahrten mit Chauffeur in Pkw vermittelt. Das ist das eine. Das andere: die Neuerfindung der Sammelbullis, Experten sprechen von Pooling-Diensten.

Die Bundesregierung machte es den neuen Anbietern lange Zeit allerdings nicht leicht – sie sind derzeit meist nur mit befristeten Ausnahmeregelungen unterwegs. Der Hintergrund: Sie können zwar eine Ergänzung zu Bussen, Bahnen, Taxen sein. Vor allem für letztere sind sie aber auch eine enorme

Konkurrenz.

Die klassische Taxibranche sieht sich mit den neuen Anbietern unter Druck. Dabei kommt sie so schon nur schwer über die Runden. Taxen sind anders als die taxiähnlichen Mietwagen oder Vans stark reguliert: Sie können die Fahrpreise nicht frei kalkulieren. Da sie Teil des öffentlichen Nahverkehrs sind, gelten für sie verbindliche kommunale Taxitarife. Die Fahrer brauchen eine Ortskundeprüfung. Sie müssen alle Fahrgäste transportieren, auch wenn die Strecke kurz und wenig lukrativ ist. „Sowohl der Taxi- wie auch der Mietwagenbetrieb soll von regulatorischen Entlastungen profitieren“, nahmen sich CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag vor. Unions-Fraktionsvize Ulrich Lange, CSU, sagte es nun so: „Das gute, alte Personenbeförderungsgesetz bekommt ein Digital-Update.“

Die entscheidenden Punkte erklärt **Andreas Knie**. Er ist einer der führenden Mobilitätsforscher in Deutschland und leitet die Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung am **Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)**. „Punkt eins“, meint er: „Mit der Reform sollen die neuen Anbieter dauerhaft erlaubt werden.“ Zweite wichtige Neuerung sei: „Für die klassischen Taxen können Preiskorridore festgelegt werden – mit Ober- und Untergrenzen.“ Dritter Punkt: „Die Kan-

nibalisierung der Taxibranche durch Uber wird es nicht geben.“ Denn taxiähnliche Mietwagen müssten auch in Zukunft, damit sie von klassischen Taxen abgegrenzt werden können, nach jedem Beförderungsauftrag zum Betriebsitz zurückkehren. Sie dürften, anders als die Taxen, nicht auf der Straße auf zufällige Kunden warten.

Diese sogenannte Rückkehrpflicht ist umstritten. Für Uber ist sie ein Rückschlag. Die modernen Sammeltaxen, die sich mehrere Personen teilen, die ein ähnliches Ziel haben, dürfen indes noch hoffen: Ob für sie die Rückkehrpflicht gelten wird, werde noch verhandelt, so Knie. Der Professor ist froh über die Reform.

Knie sagt: „Es ist noch nicht die Verkehrswende, aber nach langem Stillstand bewegt sich was. Auf das private Auto wird sich leichter verzichten lassen, neue kostengünstige und umweltfreundliche Mobilitätsangebote werden kommen.“ Bis Ende des Jahres will die Koalition die Regeln rechtlich festzulegen.

Da läge „schon noch ein langer Weg“ vor ihnen, so CSU-Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer am Freitag. SPD-Fraktionsvize Sören Bartol meinte, der Teufel stecke im Detail.

Wörter: 522
Ort: Berlin

Seite: 15
Ressort: Wirtschaft
Seitentitel: Wirtschaft
Serientitel: Aufmacher Wirtschaft
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Nummer: 131
Auflage: 232.869 (gedruckt)¹ 222.356 (verkauft)¹
 234.701 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,833 (in Mio.)²

¹ IVW 1/2020² AGMA ma 2019 Tageszeitungen

Corona-Krise kostet viel Lebensglück

Erste Studien zeigen: Viele Menschen leiden enorm unter den Einschränkungen des öffentlichen Lebens - vor allem die Jüngeren. Forscher sind besorgt.

Von Johannes Pennekamp

Die Corona-Krise und die wochenlange Beeinträchtigung des beruflichen, öffentlichen und sozialen Lebens hat nicht nur viele Milliarden Euro Wirtschaftskraft, sondern auch einen erheblichen Teil der Lebenszufriedenheit zerstört. Darauf lassen Umfragen aus Großbritannien schließen, die in der letzten Aprilwoche erhoben wurden. Sie offenbaren bei vielen Menschen psychische Beeinträchtigungen, Konzentrationschwächen und das zunehmende Gefühl, nicht gebraucht zu werden. "Zusammengefasst lässt sich sagen, dass der Effekt auf die psychische Gesundheit so schlimm ist wie der Effekt, wenn man arbeitslos wird", sagte der Marburger Soziologie-Professor Martin Schröder, der die Daten ausgewertet hat, der F.A.Z. Auf einer Skala, die im besten Fall hundert Punkte anzeigt, sank die Lebensqualität dem Forscher zufolge um rund drei Punkte auf 65.

Der Wissenschaftler, der gerade ein Buch über die Zufriedenheit der Deutschen geschrieben hat, geht davon aus, dass die Ergebnisse weitgehend auf Deutschland übertragen werden können. Das Ausmaß der Beeinträchtigung sei überraschend groß, sagt er. Aus früheren Studien ist bekannt, dass Arbeitslosigkeit die Lebenszufriedenheit stärker als andere Schicksalsschläge - wie etwa die Scheidung vom Partner - mindert.

Während von der Arbeitslosigkeit immer nur ein geringer Teil der Bevölkerung betroffen sei, handle es sich bei den Corona-Beschränkungen um einen Effekt, der die gesamte Bevölkerung beeinträchtige, betont Schröder. "Man sollte das also sehr ernst nehmen".

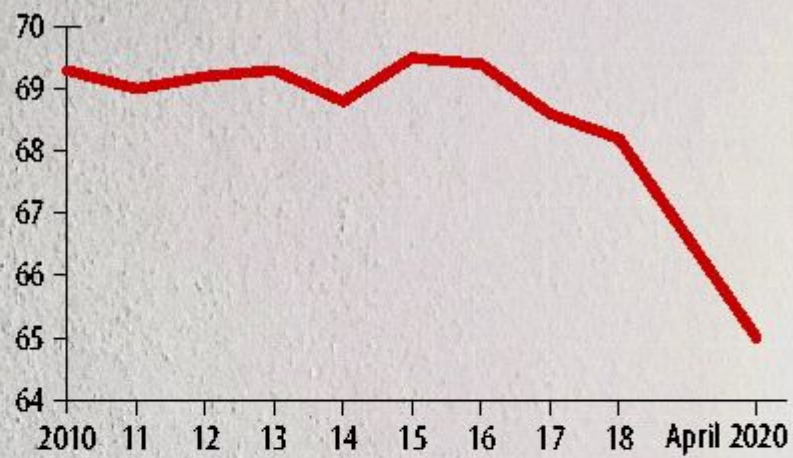
Besonders häufig litten die Menschen in Großbritannien der Umfrage "Understanding Society" zufolge darunter, den normalen täglichen Aktivitäten nicht nachgehen zu können. Aber auch das Gefühl, nutzlos zu sein, Schlaflosigkeit, depressive Verstimmungen und andere unangenehme Gefühle schlugen auf das Gemüt. Überraschend für Schröder war, dass Ältere, die vom Virus besonders gefährdet sind, der Umfrage zufolge weniger litten als Jüngere. Diese hätten mit Abstand die größten psychischen Beeinträchtigungen hinzunehmen. Die wirtschaftliche Situation der Befragten habe hingegen kaum Einfluss gehabt.

Erste Befragungen hierzulande zeigen zwar auch teils erhebliche Beeinträchtigungen, allerdings noch kein so klares Bild wie in Großbritannien. Auf Grundlage einer eigenen Befragung hatte **Jutta Allmendinger**, die Präsidentin des **Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB)**, der F.A.Z. im Mai gesagt, dass zwei gesellschaftliche Gruppen in ihrer Lebenszufriedenheit "extrem abgesackt" seien: "Eltern mit kleinen Kindern, und wenn man da noch

mal nach Männern und Frauen unterscheidet, sind es insbesondere die Frauen." Die zweite Gruppe seien die Selbständigen, die in ihrer wirtschaftlichen Existenz besonders bedroht seien. Eine kürzlich veröffentlichte Auswertung, die auf jüngsten Befragungen des Sozio-oekonomischen Panels (Soep) beruht, zeigt dagegen ein ambivalentes Bild. Die Zufriedenheit mit dem Familienleben hat demnach im Vergleich zum Vorjahr gelitten. Während der Mittelwert im Jahr 2019 auf einer Skala von 0 bis 10 bei 7,8 gelegen habe, liege er im April 2020 bei 7,5. "Dass dies ein bemerkenswerter Unterschied ist, kann man durch einen Vergleich der Schwankungen über die letzten Jahre (...) sehen: Die Werte seit 2015 waren weitgehend konstant und variierten eher auf der zweiten Nachkommastelle", schreibt Soep-Direktor Stefan Liebig, der am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) arbeitet. In derselben Auswertung bewerteten die Befragten ihre allgemeine Lebenszufriedenheit aber etwa so gut wie im Vorjahr. Abzuwarten bleibt, ob mit dem Lockdown auch die psychischen Beeinträchtigungen wieder verschwinden werden. Soziologe Schröder ist grundsätzlich optimistisch, schränkt aber ein: "Falls die Arbeitslosigkeit deutlich wächst, werden sich Belastungen verfestigen."

Lebenszufriedenheit der Briten sinkt während der Coronakrise

Langzeit-Zufriedenheit von 0 (unzufrieden) bis 100 (zufrieden)



Quelle: Martin Schröder / Panel-Umfrage „Understanding Society“
Foto: Jens Gyarmaty / F.A.Z. - Grafik: Piron



Autor: TEXT VON JAN GARVERT, DANIEL GOFFART
UND ANDREAS GROSSE-HALBUER

Jahrgang: 2020

Seite: 44 bis 48

Nummer: 24

Rubrik: WIRTSCHAFT

Auflage: 391.072 (gedruckt)¹ 328.587 (verkauft)¹
333.013 (verbreitet)¹

Mediengattung: Zeitschrift/Magazin

Reichweite: 3,30 (in Mio.)²

¹ IVW 1/2020

² AG.MA ma 2020 Pressemedien I

ARBEITSWELT

Office go Home!

Für die Digitalisierung von Arbeits- und Lebenswelt war Covid-19 der lange überfällige Weckruf: Während die Politik noch über Heimarbeit diskutiert, ist die Wirtschaft längst weiter

20 Prozent weniger Bedarf an Büroflächen erwarten Immobilienexperten. Homeoffice hilft Unternehmen, Mietkosten zu sparen

35 Prozent der Berufstätigen arbeiten im Moment ganz oder teilweise von zu Hause aus

1000 Dollar will Twitter Mitarbeitern für die Homeoffice-Ausstattung zahlen Bundesarbeitsminister Hubertus Heil weiß genau, wie schnell das Paradies zur Hölle werden kann. Wenn die Sonne scheint, wenn es ruhig ist, wenn die Kinder friedlich spielen und die Vögel im Garten zwitschern, dann arbeitet der Minister gern zu Hause. Der SPD-Politiker sitzt dann auf seiner Berliner Terrasse, telefonierend, konferierend. Oh, wie schön ist Home office. Aber wenn die beiden kleinen Kinder um Aufmerksamkeit buhlen, wenn es laut wird, wenn beide Eltern unter Termindruck arbeiten müssen, dann ist's vorbei mit der Idylle. Dann steigt der Stresspegel, dann wird alles anstrengend. Oh, wie schön war es doch im Büro!

Das Büro - wir erinnern uns - ist ein Ort aus der Vor-Corona-Epoche. Es war der Ort, an dem wir einen Großteil des Tages verbrachten, Karriere machten, uns austauschten mit den Kollegen, an dem geackert, gestritten, gekämpft wurde. Jener Hubertus Heil will nun durchsetzen, was seit einem Jahrzehnt ergebnislos diskutiert wird: das Recht auf Heimarbeit. „Jeder, der möchte und bei dem es der Arbeitsplatz zulässt“, sagt Heil, „soll im Homeoffice arbeiten können.“

Unser Arbeiten ändert sich fundamental

Im Herbst will Heil ein Gesetz vorlegen, das einen Rechtsanspruch aufs Zuhause-Arbeiten gewährt. Heimarbeit für alle gewissermaßen. Die Frage ist, ob es dann noch jemand braucht. Das Homeoffice, in der Corona-Not geboren, ist mittlerweile Standard in vielen Arbeitswelten, Branchen und Sektoren. Im dritten Monat der Corona-Beschränkungen arbeitet einer Umfrage des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge 35 Prozent der Angestellten ganz oder teilweise von zu Hause aus. Was anfangs recht überstürzt als krisenbedingtes Provisorium begann, scheint sich inzwischen als Dauereinrichtung zu etablieren.

Homeoffice, das stand bis vor drei Monaten noch unter dem Generalverdacht des Faulenzertums. „Telearbeit“, hieß es dann gern, „das ist doch mehr Tele als Arbeit.“ Jetzt feiern sich die Bedenkenträger von gestern für ihre Modernität. Sie können ihren Leuten gar nicht schnell genug die Freiheit des Laptops bieten.

Wenn sich dieser Trend fortsetzt, wird sich die Art, wie wir arbeiten, wie wir lernen, wie wir beurteilt werden, fundamental ändern. Das räumlich entgrenzte Arbeiten verlangt neue Fertigkeiten, es birgt für beide Seiten enorme Chancen, es kann Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Idealfall versöhnen, weil endlich auf Augenhöhe diskutiert werden kann. Weil für beide Seiten viel zu holen ist. Arbeitnehmer reizt die Aussicht auf Freiheit und Selbstbestimmtheit. Arbeitgeber schätzen die riesigen Kostenersparnisse. „Dass mobiles Arbeiten und mobiles Lernen zum Standard werden könnten, schien bislang undenkbar“,

sagt Bitkom-Präsident Achim Berg. „Jetzt aber werden wie unter einem Brennglas die immensen Potenziale sichtbar, die digitale Technologien grundsätzlich bieten.“

1000 Dollar fürs Homeoffice vom Chef

Unternehmen wie SAP in Deutschland, der Autobauer PSA in Frankreich oder Apple und Google in den USA haben daraus bereits ihre Konsequenzen gezogen - ihre Angestellten dürfen auch nach der Krise ganz oder teilweise zu Hause bleiben und von dort arbeiten. Facebook-Chef Mark Zuckerberg sieht mittelfristig die Hälfte seiner 48 000 Mitarbeiter im Homeoffice. Und Twitter-Chef Jack Dorsey teilte seinen Leuten mit, dass sie bis zu 1000 Dollar für die Ausstattung ihres Homeoffice erhalten. Er verspricht Homeoffice „forever“, für immer. Auch Geschäftsreisen streicht Dorsey erst einmal bis auf Weiteres. Das hat natürlich nicht nur fürsorgliche Gründe. Sondern auch finanzielle. Viele Manager merken in diesen Tagen, dass die meisten Geschäftstreffen auch digital gut funktionieren und dass man ohne ständige Dienstreisen viel Zeit und Geld sparen kann.

„Wenn wir in zwei Jahren wieder genauso arbeiten wie vor sechs Monaten, haben wir aus der Krise nichts gelernt“, sagt RWE-Chef Rolf Martin Schmitz. „Wir sehen doch jetzt ganz schnell, was alles geht, wie viel Zeit wir sparen können, wenn man weniger reist und die neuen Technologien nutzt.“ Für den RWE Chef steht das Ziel der Nach-Corona-Zeit bereits fest: „Wir werden deutlich effizienter aus der Krise herauskommen.“

Man muss nur mit Frank Riemensperger, Deutschland-Geschäftsführer der Unternehmensberatung Accenture, sprechen, um zu erfahren, wie sehr die Frage des Arbeitsortes die deutsche Wirtschaft beschäftigt. Die Beratung ist spezialisiert auf IT-Anwendungen, und Riemensperger weiß aus Gesprächen mit zwanzig Großkonzernen, dass die Firmen gerade ihre Krisenerfahrungen auswerten und Schlüsse für die Zukunft ziehen. Eines steht dabei jetzt schon fest: „Das Homeoffice wird uns auch nach der Krise erhalten bleiben“, sagt Riemensperger. „Viele werden gar nicht erst daraus zurückkehren.“

Bürofläche wird Ladenhüter

Das erfordert Veränderungen, räumlich und organisatorisch. Die Großraumbüros etwa, bis zum Ausbruch der Pandemie der Standard in den meisten Firmen, wirken jetzt wie aus der Zeit gefallen. Unvorstellbar, dass die Mitarbeiter in der Nach-Corona-Zeit wieder auf engem Raum zusammengepfercht werden - mit einer zentralen Superspreader-Umluftanlage über ihren Köpfen.

All das wirkt jetzt erst in die entsprechenden Märkte hinein. Nach Zahlen von Thorsten Lange etwa, Analyst der DZ-Bank, entfallen derzeit rein rechnerisch auf jeden Bürobeschäftigten rund 30 Quadratmeter Bürofläche. Je nach Lage und Stadt werden dafür bis zu 40 Euro Monatsmiete pro Quadratmeter fällig - entsprechend hoch ist das dauerhafte Einsparpotenzial. Wie sich das auf die Büromieten auswirkt, kann im Moment nur geschätzt werden.

Das Internetportal Immoscout24 hat für FOCUS seinen Datenbestand ausgewertet. Gemessen an den Exposé-Ansichten ist demnach die Nachfrage nach Mietimmobilien seit März um fünf Prozent gesunken. Zugleich nahm das Angebot an Büroflächen um 6,4 Prozent zu. Das heißt: Der Leerstand steigt bei sinkenden Preisen. So etwas nennt man eine kräftige Abkühlung. Seit Mitte April ziehe die Nachfrage aber wieder an, sagen die Experten bei Immoscout24. „Auf Grundlage unserer Daten zeigt sich der Markt für Büroimmobilien bislang stabil“, sagt Ralf Weitz, Geschäftsführer von Immoscout24.

Fachleute wie Bernd Leutner vom Immobilieninstitut F+B rechnen erst ab einer Homeoffice-Quote von mehr als 15 bis 20 Prozent mit nennenswerten Effekten. Wenn die Firmen ihren Beschäftigten künftig an einem bis zwei

Tagen in der Woche Homeoffice ermöglichen und die Arbeitsplätze in den Bürogebäuden flexibel als Co-Working-Space nutzbar sind, wäre rund ein Fünftel der Büroflächen obsolet.

„Die halbe Belegschaft kann dauerhaft von unterwegs aus arbeiten“
Mark Zuckerberg, Facebook-Chef

„Wir werden deutlich effizienter aus der Krise herauskommen“
Rolf Martin Schmitz, RWE-Chef

Andreas Wende vom Zentralen Immobilien Ausschuss (ZIA) erwartet sogar, dass der Bedarf an Bürofläche nach der Pandemie mittelfristig um zehn bis 20 Prozent zurückgehen wird - mit der Folge sinkender Preise. Für seine Branche rechnet er mittelfristig mit einem Verlust von mindestens 2,2 Milliarden Euro, allein bezogen auf Top-Standorte wie Berlin oder München. Einzig die Nachfrage nach kleinen, flexiblen Büro-lösungen könnte steigen, schätzt der Immobilienspezialist NAI Apollo, dessen Mitgesellschafter Wende ist.

Der Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, warnt sogar schon davor, dass der Corona-Trend zum Büro zu Hause auch langfristig zu einer Neubewertung von Büroimmobilien führen könnte.

Nebenwirkungen auf den Stadtverkehr

Ob mehr Homeoffice auch zu weniger Autoverkehr und Luftverschmutzung führt, ist dagegen noch offen. Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) verweist darauf, dass der Autoverkehr in Stuttgart während der Pandemie um ein Drittel zurückgegangen ist. Außerdem seien viele Pendler aufs Fahrrad umgestiegen, sagt Hermann. Am Stuttgarter Neckartor, einem der Stickoxid-Hotspots, habe er neulich erstmals vor einer Ampel in einem Fahrradstau gestanden. „Wir sind in der Lage, unser Verhalten zu verändern“, freut sich der Grünen-Politiker. Wenn die Schadstoffwerte so wie jetzt bleiben, seien Diesel-Fahrverbote obsolet. „Ob wir sie brauchen, hängt davon ab, wie die Menschen sich nach Corona entscheiden.“

Noch ergebe sich aber kein einheitliches Bild, wie sich das Wiederhochfahren auf den Verkehr auswirke: Erste Daten zeigten beim Autoverkehr einen stärkeren Anstieg im Vergleich zu Bus und Bahn, erklärt der Minister. „Meine Sorge ist, dass die Menschen aus Angst um ihre Gesundheit Bus und Bahn nicht mehr nutzen.“

Ist das Büro zu Hause also die Arbeitsform der Zukunft?

Viele Angestellte schätzen die damit verbundene Freiheit und die größere Zeitsouveränität. Auch den Wegfall der Arbeitswege empfinden viele als Entlastung - zeitlich wie finanziell. Für Eltern mit Kindern im betreuungspflichtigen Alter allerdings kann das Arbeiten zu Hause leicht zur Doppelbelastung werden. Eine Umfrage der Technischen Hochschule Köln zeigt, dass rund zwei Drittel der Befragten mit Kindern finden, sie seien weniger produktiv als bei der Arbeit im Büro.

Nicht wenige schätzen das Büro und die Firma aber auch als einen sozialen Ort mit Kontakten und persönlichem Austausch. Oft entstehen die besten Ideen beim gemeinsamen Herumblödeln. Das fehlt. Je nach Wohnsituation kann Heimarbeit dagegen leicht in die Isolation führen. Viele Zu-Hause-Arbeiter geben zu, dass es für sie schwerer ist, die notwendige Selbstdisziplin aufzubringen.

Büro-Alphatierchen ohne Publikum

Auch die Vorgesetzten müssen umdenken. Zum einen sind sie auch künftig für effektive Arbeitsorganisation und entsprechende Ergebnisse verantwortlich. Zum anderen müssen die Chefs ihre Kontrollreflexe bändigen. Das Vertrauen in die Beschäftigten hat allerdings Grenzen. Software zum Überwachen der Mitarbeiter im Homeoffice ist derzeit sehr begehrt. Dazu zählen vor allem Programme, die eingetippte Worte, besuchte Internetseiten sowie die verbrachte Zeit auf sozialen Netzwerken prüfen und festhalten.

Der Faktor Arbeit, er wird sich maßgeblich ändern. Das Homeoffice erzwingt geradezu eine Neuausrichtung der Unternehmenskultur. Die physische Abwesenheit des Mitarbeiters beeinflusst all das, was Organisationspsychologen unter dem Bereich der Mikropolitik verstehen: der Umgang mit Kollegen, Vorgesetzten und Kunden. Die Firma bekommt - salopp gesprochen - einen neuen Sound.

Ist das eine Veränderung zum Guten? Oder zum Schlechten? Noch ist es zu früh für eine Bilanz. Aber es sind Trends erkennbar. Die räumliche Distanz kann zu emotionaler Distanz führen. Das muss kein Nachteil sein. Die Beziehung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer entemotionalisiert sich. Sie wird professioneller.

Das hat weitreichende Folgen. Über Jahre gewachsene Buddy-Netzwerke und Cliques haben in vielen Unternehmen mächtige Stellungen. Die vorwiegend männlich geprägten Beziehungssysteme verlieren im Büro zu Hause nach und nach an Bedeutung. Den Büro-Alpha-Tierchen fehlt das Publikum am Konferenz Tisch. Das Feierabendbier über Microsoft Teams will nicht so recht schmecken.

„Wir erleben eine entsetzliche Retraditionalisierung“ Jutta Allmendinger, Präsidentin des WZB

„Jeder, der möchte, soll im Homeoffice arbeiten können“ Hubertus Heil, Bundesarbeitsminister

Das ist schlecht für die Buddys, aber führt am Ende vielleicht zu mehr Gerechtigkeit. Es machen nicht die Chefschleimer und Eckensteher in den Führungsetagen Karriere. Sondern die Guten, die es wirklich draufhaben.

Karriereväter lernen Familienleben

Einen großen Rückschritt dagegen glauben Soziologen wie Jutta Allmendinger für die Frauenbewegung feststellen zu können. Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) fürchtet eine „entsetzliche Retraditionalisierung“, weil sich im Homeoffice unter Corona-Bedingungen Frauen um alles kümmern müssten: um Kinder, um den Haushalt, um den eigenen Job. Frauen, sagen Soziologen wie Allmendinger, sind die großen Verlierer der Corona-Krise. Nur wenige Paare schulterten die Lasten zu gleichen Teilen.

Aber vor allem Karriereväter, die sonst viel im Büro und wenig für die Familie da sind, dürften zwischen Videokonferenz und nörgelnden Kindern gerade viel über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie lernen. Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) jedenfalls sieht Heimarbeit als Chance, dass Väter künftig mehr Verantwortung in Familien übernehmen. Sie hofft auf „mehr partnerschaftliche Vereinbarkeit

und neue Arbeitszeitmodelle, auch für die Zeit nach der Krise“.

Solche Konflikte dürften Minister Heil vertraut sein. Es kommt eben vor, dass weder er noch seine Frau, eine Verbandsgeschäftsführerin, ausreichend Zeit für die beiden kleinen Kinder haben.

Einmal musste Heil seine Tochter deshalb schon in die Notbetreuung der Kita geben. „Wir haben das jetzt zum ersten Mal in Anspruch genommen“, erzählt er. Es ging nicht anders. Seine Frau könne zwar häufig im Homeoffice tätig sein, aber das sei ziemlich fordernd. Ihm sei klar, dass die Mischung von Homeoffice und Homeschooling „keine romantische Vorstellung ist“.

Aber irgendwann ist das Virus weg. Und das Homeoffice vielleicht noch da. Fotos: Marcel Schwickerath, Daniel Hofer/laif, David Paul Morris/Bloomberg/Getty ImagesFotos: imago imaes, Andreas Chudowski

Fotograf:

Foto:ChristopheWu/Facebook

Abbildung:

Notebook und Nachwuchs Im Büro zu Hause verschwimmt die Grenze zwischen dienstlich und privat

Wörter:

1925

Seite: 33

Auflage: 13.755 (gedruckt)¹ 15.813 (verkauft)¹
16.141 (verbreitet)¹

Ausgabe: Hauptausgabe

Reichweite: 0,040 (in Mio.)²

Mediengattung: Tageszeitung

¹ IVW 1/2020² AGMA ma 2019 Tageszeitungen

Frauen zuletzt?

Die Corona-Krise stärkt in Deutschland längst verloren geglaubte Geschlechterrollen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf war längst nicht so stabil, wie alle geglaubt haben

Von Beate Schierle und Sabine Wienrich

Irgendwas läuft gerade schief in der Bundesrepublik. Da haben Frauen jahrzehntelang dafür gekämpft, gleiche Löhne und eine bessere Kinderbetreuung zu bekommen. Die Fortschritte waren zäh, aber immerhin. Nun aber ist Schluss mit lustig. In Deutschland wird darüber geredet, ob man sich nun endlich ein neues Auto kaufen soll. Wohin es im Sommer in Urlaub geht. Dass die Bundesliga endlich wieder spielt. Alles Themen, über die man diskutieren kann. Ein anderes Thema ist komischerweise weit weniger wichtig. Seit Monaten sind Schulen und Kitas geschlossen. Familien müssen seitdem einen Dreifachspat zwischen Kinderbetreuung/Unterricht daheim, Haushalt und Erwerbsjob zustande bringen. Die Kitas sollen in Baden-Württemberg nun Ende Juni wieder öffnen. Und die Schulen? Ungewiss. Wie es der Zufall will, springen die Frauen ein. Natürlich hat es was, sich aus dem ganzen Rattenrennen zu lösen und mittags wieder gemeinsam zu kochen und zu essen. Aber auf Dauer? Berufstätige Mütter mit mehreren Kindern drehen am Rad, weil sie immer nur einzelne Tage haben, an denen jedes Kind wieder zur Schule gehen kann. Planungssicherheit: Fehlanzeige. Viele müssen alleine strampeln

Emanzipierte Männer im Homeoffice lösen ihre Frauen nach einem halben Tag ab, andere müssen sich allein abstrampeln. Jammern ist nicht erlaubt. Jede für sich. Solidarisierung fällt schwer, auch wenn entnervte Eltern unter Hashtags wie CoronaEltern vom täglichen Kampf berichten. In der Zeit schrieb Autorin Carla Baum über Wir, die Krisenbienen. Das ist nicht schön. Aber es trifft die Sache.

Christine Finke, 53, ist frauenbewegte Autorin und Bloggerin (Mama arbeitet) in Konstanz und beobachtet mit Grauen,

was sich da gerade abspielt. Klassische Familien hatten bislang noch nicht das Problembewusstsein, auch wenn sie rotieren mussten, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen, meint sie. Aber nun hätten auch sie gesehen, wie zerbrechlich ihre vermeintliche Stabilität ist. Sie kennt Frauen, die morgens um vier aus dem Bett kriechen, um ein paar Stunden zu arbeiten, bevor die Kinder um sieben aufstehen, und die nachts, wenn die Kinder schlafen, noch ein paar Stunden anhängen. Und sie kennt Frauen, die zusammenbrechen, und andere, die sich krankschreiben ließen, weil sie nicht mehr konnten.

In einer Umfrage erklärten tatsächlich über 70 Prozent der Befragten, dass es in so einer Situation natürlich Frauensache sei, mit den Kindern Hausaufgaben oder Homeschooling zu machen. Echt jetzt? Das ist drin, ganz tief drin!, ruft Christine Finke aus. Sie ist wütend, dass wieder alles bei den Frauen hängen bleibt. Frauen verdienen meist weniger, und in einer Krisensituation setzten die meisten Familien lieber auf die sichere Bank – das Einkommen des Mannes. Dieses Zurückstecken der Frauen habe Folgen: Viele Firmen bauten derzeit zunächst Teilzeitstellen und freie Jobs ab: die Frauenstellen. Ob diese Stellen nach der Krise wieder kommen, wisse niemand, so Finke.

Die Berliner Soziologin **Jutta Allmendinger** schlug jüngst in der Talkshow Anne Will Alarm. Familien mit Kindern seien im Krisenmanagement der Regierung ausgeblendet worden, kritisierte sie die Empfehlungen der Leopoldina-Kommission. Noch immer übernahmen Frauen in Deutschland mehr unbezahlte Familienarbeit, die Männer mehr bezahlte Erwerbsarbeit. Das zu ändern, habe man in der Vergangenheit versäumt, und das räche sich jetzt. Auch sie warnte: Wenn Frauen in der Corona-Krise ihre Arbeitszeit noch einmal redu-

zierten, wirke sich das als Karrierekiller aus.

Nach einer Studie des gewerkschaftsnahen WSI-Instituts reduzierten 27 Prozent der Mütter ihre Arbeitszeit, aber nur 16 Prozent der Väter. Besonders betroffen seien Familien mit einem Nettoeinkommen von unter 2000 Euro.

Ist seine Arbeit wertvoller als meine?

Helen Knauf kommt in ihrer Untersuchung Corona Familien am Limit für die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung zu ähnlichen Ergebnissen. Dafür wurden Familien-Blogs ausgewertet: Ich zoffe mich mit meinem Mann. Warum darf er automatisch in einem Raum arbeiten, zu dem man die Tür zumachen kann, während ich hier zwischen den Kindern arbeiten muss? Ist seine Arbeit wertvoller als meine? Ist seine Festanstellung automatisch mehr wert als meine Freiberuflichkeit? Warum verfallen wir in so blöde Muster? (Aus dem Blog: Stadt Land Mama).

Corona spitzt das zu, was schon vorher nicht gut lief, sagt die Konstanz Journalistin Jana Mantel, 50. Bei den Frauen werde stillschweigend erwartet, dass sie neben Homeoffice und Kinderbetreuung auch noch kochen und staubsaugen; die Männer bleiben eher bei sich und fokussieren sich auf ihre Arbeit, auch im Homeoffice. Probleme wie den Haushalt sitzen sie einfach aus.

Berufsbilder und Arbeitszeitmodelle seien in Deutschland viel zu unflexibel, kritisiert Mantel. Das erschwere es Männern wie Frauen, Neues auszuprobieren oder Stunden zu reduzieren. Alles läuft in vorgefertigten Bahnen. Wenn ein Kind geboren werde, sei der Ablauf meist klar: Sie bleibt daheim.

Jutta Allmendinger befürchtet eine entsetzliche Retraditionalisierung und sorgt sich, dass die Frauen in Deutschland bestimmt drei Jahrzehnte verlieren würden. Es wird gekocht, gebacken, gegärt, gestrickt. Alles schöne Tätigkeiten.

Aber ausschließlich? Keine macht sich so gut darüber lustig wie die Comedienne Caroline Kebekus. Sie veralbert im Look der 1950er-Jahre die #tradwives (traditionelle Frauen), die es ganz toll finden, daheim zu bleiben und für ihre Familie zu sorgen.

Irgendwie ist diese Diskussion typisch deutsch. Natürlich sorgen sich auch berufstätige Frauen um ihre Familie, und Männer sollten dasselbe tun. Was aber nicht geht, ist der automatische Rückgriff darauf, dass in Krisenzeiten die Frauen zurückstecken sollen. Das rächt sich nämlich: in steigenden Zahlen bei Gewalt gegen Frauen und Kindern, in geringeren Löhnen und später in niedrigen Renten für Frauen.

Für manche ist Corona jetzt schon existenziell. Etwa für die Friedrichshafener Familie M., Hartz-IV-Empfänger, deren Kinder bislang ein kostenloses Schulesen bekamen. Vorbei. Der Job der Mutter in einer Restaurantküche ist auch weg. Nun muss sie mit 350 Euro weniger im Monat täglich vier Portionen mehr kochen.

Im Kino-Heuler Titanic wurden ja zuerst die Frauen und Kinder von Bord geholt. Heute hat man den Eindruck: Die kommen als Letzte dran. Drei Jahrzehnte Gleichstellung dahin? Da war schon vorher etwas faul, formuliert es die Soziologin Claudia Detsch im Jour-

nal für Internationale Politik und Gesellschaft. Frauen und Familien seien nicht systemrelevant, es fehle das Drohpotenzial.

In der Bundesrepublik greifen im 21. Jahrhundert noch Reflexe, die man nach den beiden Weltkriegen oder nach der Wiedervereinigung im Osten Deutschlands beobachten konnte. Wir waren gar nicht so weit in der Gleichstellung, sagt auch Christine Finke. Frauen an den Herd, Männer an die Werkbank. Als hätten wir nicht schon genügend Schwierigkeiten an der Backe mit Umweltzerstörung, Überkonsum, zappelig-abgehetzten Menschen und Verschwörungsgläubigen im Internet. Noch einmal Allmendinger: Es sei ein Irrtum, zu glauben, dass es nur gerecht zugeht, wenn Frauen sich an die männliche Erwerbsbiografie anpassen.

Den Frauen fehlt die Lobby
Die Corona-Krise wirft Schlaglichter auf Probleme, die wir bisher ausgeblendet haben. Muss ein guter Arbeitstag wirklich acht bis zehn Stunden lang sein? Warum wird Sorgearbeit schlecht oder gar nicht bezahlt? Die bayerische SPD-Politikerin Renate Schmidt rief die Frauen dazu auf, sich zu wehren: Ohne eine starke Lobby ließen sich ihre Interessen nicht durchsetzen. Und die wird einem nicht auf dem Silbertablett serviert. Frauen müssen hier schon ihre

eigene Lobby sein ich kann nur sagen: Frauen, macht euren Mund auf!

Auch Christine Finke fordert: Menschen mit Kindern müssen in die Politik. Es sei anstrengend, aber wichtig. Auch Mails an die Bundestagsabgeordneten brächten schon viel: Die lesen das, versichert die Konstanz Stadträtin. Sie sorgt sich um die Folgen der Krise bei den Familien, auch bei den Kindern: Es wird viel zu reparieren sein. So etwas hinterlässt Spuren.

Fazit: Die Frauen müssen aufhören, allein für gute Worte die Ausputzer zu spielen. Und die Männer, es stillschweigend von ihnen zu erwarten. Sonst haben wir aus Corona nichts gelernt. Frauen müssen hier schon ihre eigene Lobby sein ich kann nur sagen: Frauen, macht euren Mund auf!

Renate Schmidt, SPD-Politikerin
Das ist drin, ganz tief drin! Jetzt bleibt wieder alles bei den Frauen hängen.
Christine Finke, Stadträtin in Konstanz
Corona spitzt das zu, was schon vorher nicht gut lief.

Jana Mantel, Konstanz
Das lesen Sie zusätzlich online
Fünf Dinge, die wir aus Corona lernen können, wenn wir wollen (und uns trauen): www.sk.de/10480408

Abbildung: Adrett wie in den 1950ern: Komikerin Caroline Kebekus kritisiert überholte Rollenbilder. Bild: Caroline Kebekus Show/YouTube-Screenshot: Schierle
Abbildung: Alles gleichzeitig: Mutter im Homeoffice. Bild: timo stock.adobe.com
Wörter: 1355

Autor: Christian Latz [tmt6zw5tuvjxxe16vcyk1jgy]
Mediengattung: Online News

Visits (VpD): 2,88 (in Mio.)¹
Unique Users (UUPD): 2,03 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 04-2020

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2020-04 vom 05.05.2020, Gesamtbevölkerung 16+

Mobilität

Berlin erlebt den Fahrradboom

Zum Weltfahrradtag am Mittwoch steht das Verkehrsmittel Fahrrad gut wie nie in Berlin da. Das Potenzial scheint nicht ausgeschöpft.

Bei Fahrradläden in Berlin sind die vielen Menschen vor der Tür aktuell nicht nur eine Folge der Abstandsregeln. Sie sind auch Ausdruck von etwas Anderem: Die Geschäfte laufen richtig gut. Der Trend zum Fahrrad vollzieht sich bereits seit mehreren Jahren. Nun hat die Corona-Pandemie ihm neues Tempo verliehen. Genau das wollen auch die Vereinten Nationen mit dem Weltfahrradtag an diesem Mittwoch erreichen. In diesem Jahr findet er unter bislang nicht gekannten Bedingungen statt: Noch nie hat die Fortbewegung mit Pedalantrieb so viel Aufmerksamkeit erhalten, plötzlich steigen auch Menschen auf den Sattel, die zuvor nicht auf die Idee gekommen wären. [Zugleich entstehen vielerorts in der Hauptstadt plötzlich neue, sichere Radwege.](#) Effekte, die den Aufstieg des Fahrrads im Berliner Verkehr beschleunigen. Denn noch hat das Velo längst nicht das Potenzial ausgeschöpft, das Mobilitätsforscher in ihm sehen.

So viele Berliner wie nie steigen aufs Fahrrad

Die neue Lust am Rad zeigen nun auch Berliner Verkehrsdaten. Seit Beginn des Corona-Lockdowns am 16. März registrierten die Messstellen 4.157.322 Radfahrer. Bereinigt um die Werte der Oberbaumbrücke, an der wegen einer Baustelle aktuell nicht gezählt wird, sind das gut 430.000 Personen mehr als im Vorjahreszeitraum. Ein Wachstum von knapp zwölf Prozent.

„Trotz Arbeiten im Homeoffice, geschlossenen Schulen und Kitas wird das Rad weiterhin öfter genutzt“, sagt Lisa Feitsch, Sprecherin des Fahrradverbands ADFC Berlin. Mit den Lockerungen der Corona-Maßnahmen erwarte man, dass noch mehr Menschen umsteigen. „Dieser Trend“, so Feitsch, „ist eine deutliche Botschaft an die Politik, zügig das Mobilitätsgesetz umzusetzen, sichere Radwege einzurichten und dem

Fahrrad mehr Platz im öffentlichen Raum zu geben.“

Mit der Forderung stößt die Radfahrlobby in der Berliner Verkehrsverwaltung auf offene Ohren. „Weltweit zeigen Metropolen, dass der Umstieg aufs Fahrrad in vollem Gange ist“, sagte Verkehrssenatorin Regine Günther (Grüne). „Das ergibt Sinn, denn Fahrradfahren ist gesund und besonders stadtverträglich.“ Nun gehe es darum, Radfahren durch den Ausbau der Infrastruktur sicher zu machen. Berlin nehme dabei gerade jetzt Fahrt auf, so Günther.

Fahrradbranche spricht von Boom durch Corona

Über die Zahlen freuen sich die Fachgeschäfte und Werkstätten: „Wir haben wahrscheinlich nicht nur einen Nachholeffekt, sondern wir erleben einen echten Fahrradboom, der mit Corona zusammenhängt“, sagt Dirk Sexauer, Geschäftsführer des Verbundes Service und Fahrrad (VSF). Der Branchenverband vertritt bundesweit Fahrradhändler sowie Radhersteller. Die Branche ging mit breiter Brust in die Saison. Dann kam Corona.

Jäh seien die Aufträge weggebrochen, sagt der Verbands-Geschäftsführer. „Es gab schon einen erheblichen Einbruch im Umsatz zu Ende des März.“ Aber schnell habe sich die Situation gebessert. Viele ÖPNV-Nutzer meiden seit Wochen Busse und Bahnen aus Angst, sich dort infizieren zu können. Auch wer sich lange nicht mehr auf den Sattel geschwungen hatte, sieht plötzlich im Fahrrad eine Alternative auf dem Weg durch die Stadt. „Da kommen Menschen in den Laden, die sich das jetzt wegen Corona überlegen“, sagt Sexauer. Händler berichteten ihm von alten Schätzen, die wohl jahrelang im Keller gestanden hätten. Nun landeten sie plötzlich wieder in der Werkstatt. Die Fahrradbranche blickt deshalb posi-

tiv in die nahe Zukunft. Trotz lockdownbedingten Einbruchs erwartet mehr als die Hälfte der Betriebe einen Jahresumsatz auf Vorjahresniveau oder darüber, ergab kürzlich eine Branchenumfrage vom VSF, dem Zweirad-Industrie-Verband und dem Bundesverband Zukunft Fahrrad.

Mobilitätsforscher: „Die Zahl der Radfahrer steigt stetig“

Mobilitätsforscher **Andreas Knie** vom **Wissenschaftszentrum Berlin** hingegen kann die positiven Meldungen bislang nur bedingt teilen. „Einen Boom würde ich es noch nicht nennen.“ Dennoch ändere sich die Wahrnehmung. Dazu trügen besonders die Pop-up-Radwege bei. „Das ist eine Verkehrsrevolution, die über Nacht geschaffen wurde“, sagt Knie. „Die Bedeutung des Fahrrads wird dadurch verbessert.“ Am Kottbusser Damm und am Halleschen Ufer seien nun mehr Menschen auf ihren Rädern unterwegs. Insgesamt liefen die tatsächlichen Nutzungszahlen der neuen Aufmerksamkeit aber noch hinterher.

Das Fahrrad, so Knie, sei noch kein Massenverkehrsmittel. Es gebe jedoch einen kontinuierlichen Trend. „Die Zahl der Radfahrer steigt und ist ein stetig wachsender Faktor im Stadtverkehr.“ Aktuell sieht der Experte die zusätzlichen Radfahrer eher vom Auto als aus Bussen und Bahnen umsteigen. „Autofahren wird mit steigender Zahl der Einpendelnden nicht mehr so bequem. In der Innenstadt ist man da mit dem Fahrrad viel schneller.“

Ein Drittel aller Wege in Berlin könnten mit dem Fahrrad zurückgelegt werden

Berlin verzeichne auch langfristig eine Zunahme an Radfahrern, erklärt der Verkehrsexperte. „Wir haben einen deutlichen Anstieg der Ganzjahresfahrenden.“ Dies liege jedoch auch an den zuletzt extrem milden Wintern. Laut der

bislang neuesten Daten zur Wahl der Verkehrsmittel nutzten die Berliner 2018 auf 18 Prozent aller Wege das Fahrrad. 2013 waren es noch fünf Prozent weniger. Knie sieht noch deutliches Wachstumspotenzial. „Berlin kann

einen Radverkehrsanteil von rund einem Drittel aller Wege pro Jahr schaffen. Im Sommer auch deutlich über 40 Prozent.“ Notwendig sei dafür ein gute Infrastruktur. „Wenn man dem Rad mehr Platz einräumt, dann kann man auch mehr

Radfahrer auf den Straßen sehen.“
Lesen Sie auch:

Abbildung: Immer mehr Menschen in Berlin nutzen das Fahrrad.
Fotograf: Reto Klar
Wörter: 827

Mediengattung: Online News**Nummer:** 4431881615**Visits (VpD):** 3,41 (in Mio.)¹**Unique Users (UUpD):** 2,34 (in Mio.)²**Weblink:** <https://www.stern.de/lifestyle/leute/gloria-von-thurn-und-taxis---es-ist-attraktiv-fuer-uns-frauen--zu-hause-zu-bleiben--9290802.html>¹ von PMG gewichtet 04-2020² gerundet agof ddf Ø-Tag 2020-04 vom 05.05.2020, Gesamtbevölkerung 16+

Gloria von Thurn und Taxis: "Es ist attraktiv für uns Frauen, zu Hause zu bleiben"

Fürstin Gloria von Thurn und Taxis ist bekannt für ihre erzkonservativen Ansichten. Dass die Gleichberechtigung während der Coronakrise leidet, findet die 60-Jährige nicht.

Sie denkt, viele Frauen würden gern zu Hause bleiben.

Gloria von Thurn und Taxis ist die Chefin des Regensburger Fürstenhauses Homeoffice, Homeschooling und Haushalt: Die Coronakrise stellt besonders die Frauen vor enorme Herausforderungen und führt viele an die Grenzen der Belastbarkeit. Aber nicht nur das: Die Errungenschaften in der Gleichberechtigung würden um drei Jahrzehnte zurückgeworfen, schätzt die Soziologie-Professorin **Jutta Allmendinger**. Zahlreiche Frauen werden auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter reduziert. Dass das gar nicht so schlimm sei, findet Fürstin Gloria von Thurn und Taxis. "Es ist attraktiv für uns Frauen, zu Hause zu bleiben. Es gibt tausend Sachen, die man zu Hause machen kann", sagte die 60-Jährige im Interview mit dem ARD-Magazin "Kontraste" Audiostory

Corona und der Gender Gap

Die Coronakrise wirft uns Frauen um Jahrzehnte zurück – das sollten wir nicht hinnehmen

Die Sendung porträtierte in einem Beitrag drei durch die Coronakrise betroffene Mütter, die vor allem beruflich zurückstecken müssen. "Das ist nicht das Leben, was ich mal für mich gewählt habe", sagt eine von ihnen. Eine andere hadert mit dem Rollenbild, das sie nun ihren Töchtern vermittelt: Mama bleibt zu Hause, putzt, kocht, wäscht und geht einkaufen statt arbeiten.

"Wenn das Geld reichen würde, würden viele Frauen zu Hause bleiben"

Gloria von Thurn und Taxis, selbst Mutter von vier Kindern, glaubt hingegen: "Wenn das Geld reichen würde, würden sicher viele Frauen gerne zu Hause bleiben. Die Frau zu Hause sitzt nicht rum und macht langweilige Dinge - sondern auch die Wäsche gut zu sortieren,

bedeutet weniger Konsum. Das bedeutet, dass man nicht ununterbrochen neue Klamotten kaufen muss, wenn die Klamotten gut gepflegt werden." Auch das Haus zu dekorieren sei eine Wissenschaft für sich.

Nur leben die wenigstens Frauen in einem Schloss wie die Fürstin, sondern in beengten Wohnungen. Wer ein Haus mit Garten hat, konnte sich in den vergangenen Monaten glücklich schätzen. Und für die Dekoration der eigenen vier Wänden dürften derzeit die wenigsten Zeit und Nerven haben.

Es ist nicht das erste Mal, dass die strenge Katholikin und Chefin des Regensburger Fürstenhauses mit erzkonservativen Ansichten auffällt. So bezeichnete sie beispielsweise die Pille als "eine Form von Abtreibung" und die Ehe für alle als "Werk des Teufels".

Wörter:

384